

Nachrichten**Tiefensee antwortet CDU-Politikern nicht****Schlick-Falle: Bundesministerium deckt Hamburg**

Jork/Berlin (bv).Enttäuscht sind die CDU-Landtagsabgeordneten Helmut Dammann-Tamke und Kai Seefried von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD). Im März 2007 hatte der Minister im Stadeum – mit Blick auf die Elbvertiefung – erklärt, das „gestörte Vertrauensverhältnis“ wiederherstellen zu wollen. „Das war ein Lippenbekenntnis“, klagt Dammann-Tamke. Die Politiker der CDU haben eine Antwort auf ihren Brief zur Schlick-Falle bekommen. Tiefensee hat erneut die Parlamentarische Staatssekretärin Karin Roth vorgeschickt.

„Der Brief zeigt, dass Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und Hamburg volle Rückendeckung in Berlin haben“, betont Dammann-Tamke. Ihr Fazit: Auf Fragen zu Auswirkungen auf das Strömungs- und Tideverhalten der Elbe gibt es keine konkreten Antworten.

Roth (SPD) unterstreicht in dem Schreiben noch einmal die Rechtsauffassung, dass der Sedimentfang eine Unterhaltungsmaßnahme sei. Laut Gutachter habe die Schlick-Falle „keine über den unmittelbaren Eingriffsbereich hinaus wirkenden hydraulischen Veränderungen zur Folge und ist vollständig reversibel“. Söffisant merkt die Staatssekretärin an, dass der Fang „vollständig“ auf dem schleswig-holsteinischen Gebiet liege.

Die Ausbaggerung um zwei beziehungsweise vier Meter habe „keinen nautischen Nutzen, sie steht somit in keinem Zusammenhang zur angestrebten Fahrrinnenanpassung“, schreibt Roth. Es werde lediglich eine Optimierung der Fahrrinnenunterhaltung erreicht: Stromaufwärts wandernde, unbelastete Sedimente könnten sich absetzen, bevor der Hamburger Hafen erreicht werde. Der Bund wolle die letztendliche Ausgestaltung des Sedimentfangs von einem „umfangreichen Monitoring“ abhängig machen. Aussagen zur Brackwasserzone fehlen. Sorgen der Menschen würden weiterhin nicht ernstgenommen. Sie bedauern, dass Roth ihnen die Gutachten nicht mitgeschickt hat.

„Vertrauensbildung sieht anders aus“, klagt Seefried. Letztlich sei Tiefensee ein Meister leerer Worte. Unverfroren sei, dass Roth in dem Brief erneut suggeriert, dass Niedersachsen im Vorfeld informiert gewesen sei. „Das stimmt nicht“, betont Seefried. Dieser Brief habe ihn bestärkt, dass es richtig war, dass der Landkreis Stade vor dem Oberverwaltungsgericht Hamburg gegen die illegale Schlick-Falle klagt. Dammann-Tamke: „Ich bin auf die Entscheidung gespannt.“

Artikel erschienen am: 19.06.2008

 **Artikel drucken**

Fenster schließen

© Zeitungsverlag Krause GmbH & Co. KG